

nigen Ebene, die eine Vielzahl der Verordnungen und Richtlinien, die in Brüssel erlassen werden, umsetzen müssen, gefragt und gehört wird.

In dieser Richtung hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten zweifelsohne einiges zum Besseren bewegt. Allerdings fühlen sich die Gemeinden und Regionen auch heute noch unterrepräsentiert. Mit dem Ausschuss der Regionen, der mit dem Maastrichter Vertrag 1992 ins Leben gerufen wurde, haben die Kommunen und Regionen zumindest eine offizielle Einrichtung im Rahmen der EU, über die sie ihre Anliegen einbringen können.

Allerdings muss man hier insbesondere die Umsetzung in Deutschland hinterfragen. Im Ausschuss der Regionen hat Deutschland 24 Mandate. Von diesen werden 21 von den Ländern wahrgenommen. Drei Mandate stehen jeweils den kommunalen Spitzenverbänden zu - sprich: dem Landkreistag, dem Städtetag sowie dem Städte- und Gemeindebund.

PARITÄT IM EUROPARAT

Damit ist das Verhältnis der Regionen - sprich: Länder - mit 21 Mandaten zu den Kommunen - sprich: Kreise, Städte und Gemeinden - mit drei Mandaten bei weitem nicht ausgeglichen. Anders verhält es sich beim Europarat. Dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gehören 18 deutsche Vertreter an, darunter neun Vertreter der Länder und neun Vertreter der kommunalen Spitzenverbände.

Im Entwurf des Verfassungsvertrages um dessen Revitalisierung sich die deutsche Ratspräsidentschaft bemüht hat, wird - erstmals in einem Grundlagendokument der EU - die kommunale Selbstverwaltung als Bestandteil der Identität der Mitgliedsstaaten anerkannt. Das sind Grundlagen, die vor 50 Jahren nicht vorstellbar waren und selbst vor 25 Jahren noch unerreichbar fern erschienen.

Insofern sind 50 Jahre europäische Integration nicht nur ein Grund, dieses Ereignis zu feiern, sondern auch Anlass, den Einzug der kommunalen Dimension in die Europäische Union zu begreifen. Kommunen eröffnen den Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern in Europa, und die Subsidiarität ist der Schlüssel, mit dem die EU dieses Tor öffnen kann. Daher ist es wichtig, dass die Kommunen die Entwicklung der Europäischen Union weiterhin kritisch, aber in der Grundausrichtung stets konstruktiv begleiten. ●

„Vielfalt Europas als Stärke erkennen“

Über seine Arbeit im EU-Ausschuss der Regionen (AdR) als einer von drei deutschen kommunalen Vertretern sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg

STÄDTE- UND GEMEINDERAT: Herr Vogel, Sie sind seit Februar 2006 Mitglied des Ausschusses der Regionen der EU. Lohnt sich die regelmäßige Fahrt nach Brüssel?

Hans-Josef Vogel: Ja, gerade in der heutigen Zeit. Die Städte und Regionen gewinnen für die Europäische Union spürbar an Bedeutung. Und umgekehrt gewinnt die Europäische Union auf kommunaler Ebene immer mehr an Bedeutung. Etwa durch die europäische Gesetzgebung: Mehr als 60 Prozent aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen entstehen in Europa. Und durch die europäischen Förderprogramme: erstmals gibt es eine Förderpriorität für städtische Entwicklung. Europapolitik ist Innenpolitik, Alltagspolitik.

Der AdR ist neben der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat lediglich ein beratendes Gremium. Was kann man da bewirken?

Hans-Josef Vogel: Viel. Zunächst, dass überhaupt die Potenziale der Städte und Regionen für die europäische Politik erkannt und genutzt werden. Dann, dass unsere Interessen und Erfahrungen gemeinschaftlich formuliert werden. Und der AdR findet über die formellen Beratungsrechte Gehör insbesondere bei der Kommission. Ich bin davon überzeugt, dass die Bedeutung des AdR künftig weiter wachsen wird, und zwar im Gleichklang zu der wachsenden neuen Bedeutung der Städte und Regionen für Europa und umgekehrt. Wir brauchen künftig in Europa - und das wird immer klarer - ein Konzept von Multi-level-governance. Daran muss der AdR mitarbeiten als Teil dieser neuen Governance.

Von 344 AdR-Mitgliedern sind 24 aus Deutschland, davon 21 aus den Bundesländern. Haben die verbleibenden drei Kommunalvertreter überhaupt Gewicht?



FOTOS: BALTSCH

▲ Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, ist seit Frühjahr 2006 Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen

Hans-Josef Vogel: Natürlich ist der kommunale Anteil auf der deutschen Seite unterrepräsentiert. Man kann argumentieren, dass die deutschen Vertreter im AdR unterrepräsentiert sind im Vergleich zur Bevölkerungszahl. Aber wir Kommunalvertreter arbeiten mit den Vertretern der anderen Städte gut zusammen. Wir dürfen nicht nur eine nationale Sicht pflegen, sondern wir nutzen die Chancen, die sich aus der Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Städten ergeben.

Von welchen Themen wurden Sie in den sieben Plenarsitzungen bisher am meisten angesprochen?

Hans-Josef Vogel: Von den Themen, die sich mit der neuen Bedeutung der Städte und Regionen für die europäischen Angelegen-

heiten beschäftigen. Mich hat ungemein beeindruckt, welche Chancen darin liegen, wenn wir unsere Vielfalt und unterschiedlichen Erfahrungen einbringen können in die Stellungnahmen. Das hat dazu geführt, dass auf der europäischen Ebene Vielfalt - auch der Kommunen - immer mehr als Stärke wahrgenommen wird. Vielfalt findet politisch im AdR zusammen und wird dadurch erhalten. Ich freue mich, daran mitwirken zu können. Es ist eine spannende Zeit, weil sowohl dem Europäischen Parlament wie auch der Kommission und dem Ministerrat deutlich geworden ist, dass es ohne Städte und Gemeinden künftig nicht gehen wird.

Noch einmal die Nachfrage: gab es Top-Themen?

Hans-Josef Vogel: Das Thema „Kohäsionspolitik und Städte“. Die Beratung über die „Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“. Die Modernisierung und Vereinfachung der Kohäsionspolitik, der Förderfonds. Die Arbeiten zur „Subsidiaritätskontrolle“. Die kreative Einflussnahme des AdR, um neue Bewegung in den Prozess des Verfassungsvertrages zu bringen. Eine neue auf Teilhabe ausgerichtete europäische Kommunikationspolitik.

Seit der jüngsten EU-Erweiterung sind 27 Nationen im AdR vertreten. Zu welchen nationalen Gruppen gibt es nähere Kontakte?

Hans-Josef Vogel: Die nationale Kategorie spielt im AdR weniger eine Rolle. Wichtiger Orientierungspunkt ist für mich: Wer bringt Neues, wer bringt Innovation ein? Wichtig sind die Kontakte zu den Ländern, die nach der Wende in die EU gekommen sind. Gerade die Vertreter dieser Länder wissen in besonderer

▼ Als Delegierte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vertreten Hans-Josef Vogel (2. v. rechts) und sein Stellvertreter Günter Thum (rechts) gemeinsam mit ihren Kollegen vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Landkreistag die Interessen der deutschen Kommunen beim AdR



ZUR SACHE

Der Ausschuss der Regionen (AdR) vertritt die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften bei der EU. Der Ausschuss setzt sich aus 344 Mitgliedern und derselben Anzahl Stellvertretern zusammen. Die 24 AdR-Mitglieder und ihre Stellvertreter aus Deutschland tagen - anders als die Mitglieder des Europäischen Parlaments - nicht ständig in Brüssel. Wegen ihrer Verpflichtungen auf regionaler oder kommunaler Ebene kommen sie lediglich zu Plenartagungen oder Sitzungen der Fachkommissionen zusammen. Europäische Kom-

mission und Rat müssen den AdR in sämtlichen Bereichen, wo Gesetzesvorschläge der EU Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene haben könnten, um Stellungnahme bitten. Außerdem kann der AdR zu jedem ihm wichtig erscheinenden Thema die Initiative ergreifen und damit die politische Agenda der Union beeinflussen. Seit 1999 kann nicht nur die Kommission oder der Rat, sondern auch das Europäische Parlament den AdR konsultieren. Weitere Informationen im Internet unter www.cor.europa.eu.

Weise die neu gewonnenen Stärken der kommunalen Selbstverwaltung zu schätzen. Nicht nur, um effiziente Verwaltung und Politik zu betreiben, sondern auch, um die Demokratie und die Teilhabe der Bürger zu stärken.

Der AdR muss in Bereichen wie Verkehr oder Umwelt um seine Meinung gefragt werden. Hat sich während Ihrer Mitgliedschaft ein AdR-Votum schon einmal durchgesetzt?

Hans-Josef Vogel: Ja, und es sind nicht nur einzelne Voten wie beim öffentlichen Nahverkehr, bei Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der Neugestaltung der Strukturfonds. Ich habe beobachtet, dass doch ein großer Wert insbesondere auf die Stellungnahmen aus dem AdR gelegt wird. Und dass diese Stellungnahmen - vielleicht nicht eins zu eins, aber von ihrer grundsätzlichen Bedeutung - stärker berücksichtigt werden als früher. Lesen Sie einmal die neue Mitteilung der Kommission an Rat und Parlament zum Thema „Kohäsionspolitik und Städte“ oder die „Leipzig Charta des Ministerrates zur nachhaltigen europäischen Stadt“.

Ist der AdR in seiner jetzigen Gestalt optimal oder was würden Sie ändern?

Hans-Josef Vogel: Man kann sicherlich vieles fordern, insbesondere dass die Beratung konkret durch Mitwirkungsrechte ergänzt oder erweitert wird. Aber in Deutschland haben die Städte keine Beratungsrechte bei der Gesetzgebung. Der AdR muss Teil einer neuen Governance-Strategie sein. Was ich weiter für wichtig halte - sowohl im AdR als auch generell für die europäische Ebene - ist, dass Europa eine bessere Kommunikation erhält im Sinne einer größeren Teilhabe der Bürgerschaft, der Städte und Regionen. Gerade hier kann der AdR über seine Beratungsfunktion hinaus künftig mehr leisten.

Wie wäre das technisch umzusetzen?

Hans-Josef Vogel: Wir müssen viel stärker die Möglichkeiten des Internet nutzen. Dann können wir uns schon sehr viel früher und auf breiterer Ebene in Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zu Wort melden. Wir sollten keine Scouts mehr nötig haben, um europäische Förderprogramme herausfinden und nutzen zu können.

Käme eine zweite Amtszeit im AdR für Sie infrage?

Hans-Josef Vogel: Ich habe mich zunächst für nur eine Amtszeit entschieden, denn für einen Bürgermeister gilt natürlich, dass seine eigene Stadt immer Vorrang hat. Zurzeit lässt sich das gut vereinbaren, weil ich auch für meine Arbeit in Arnberg eine Menge der Erfahrungen, die ich im AdR gewonnen habe, nutzen kann.

Hat sich Ihr Bild von der Europäischen Gemeinschaft durch die Mitarbeit im AdR verändert?

Hans-Josef Vogel: Ja. Mir ist noch einmal deutlich geworden, dass Europa eine zentrale Stärke hat: Vielfalt seiner Städte, seiner Regionen, seiner Sprachen und Kulturen. Das unterscheidet uns von den anderen Kontinenten und internationalen Zusammenschlüssen. Und das Zweite ist, dass die europäische Bürokratie in den Nationalstaaten oft zu unrecht als schematisch und unflexibel kritisiert wird. Ich habe den Eindruck, dass in der Verwaltung des vereinten Europa gute Arbeit geleistet wird. Ich habe aber auch den Eindruck gewonnen, dass wir zugleich zu neuen Steuerungs- und Koordinierungsstrukturen kommen müssen zwischen den unterschiedlichen Ebenen von Europa - über die Nationalstaaten bis hin zu den Städten und Gemeinden unter Einschluss der Bürgergesellschaft.

Die Fragen stellte Martin Lehrer